

bon schickte einen ihm nach Kriegsende verliehenen amerikanischen Orden mit einem Brief an den Botschafter zurück, „weil ich mich künftig schämen müßte, ihn anzulegen“.

Die Vorfälle in Angola werden als von außen hereingetragene politische Attentate gegen Portugal und gegen den Frieden bezeichnet. Nur gelegentlich wird die Sprache konkreter: es handle sich um kommunistische und pro-kommunistische Organisationen. Der portugiesische UN-Delegierte erklärte am 15. März: „Wer für Angola die Emanzipation propagiert, kommt zu spät. Sie ist längst verwirklicht!“

Nach einer Reuter-Meldung haben die fünf Bischöfe Angolas am 16. April einen gemeinsamen Hirtenbrief erlassen, in dem die terroristische Tätigkeit verurteilt wird. Gleichzeitig wird in dem Schreiben „die Schaffung einer besseren sozialen Lage, die mehr von Gerechtigkeit und Barmherzigkeit getragen ist“, verlangt.

Ökumenische Nachrichten

Das Neue Testament in modernem Englisch „Ein Wendepunkt der Weltmission...“ oder „Ein gezücktes Schwert des Herrn“, so lauteten unter anderem die Überschriften, mit denen im März kirchliche Zeitschriften Englands und Nordamerikas die neue Übersetzung des Neuen Testaments in das moderne Englisch feierten, wodurch die alte King James Bibel von 1611 abgelöst werden soll. Die erste Auflage von 1 Million Exemplaren, die am 14. März von den beiden Verlagen Cambridge University Press und Oxford University Press zum Preis von 21 Shilling bzw. 4,95 Dollar in Leder mit 460 Seiten ausgeliefert worden war, mußte sofort um weitere 500 000 heraufgesetzt werden. Diese Übersetzung ist das Gemeinschaftswerk einer 1947 gebildeten Kommission von Gelehrten und Sachkennern unter Leitung des berühmten Neutestamentlers Charles H. Dodd (geb. 1884), des ersten Kongregationalisten auf einem theologischen Lehrstuhl in Cambridge. Man hat dem kleinen Walliser nachgesagt, er habe die Intentionen der Anglikanischen Kirche besser verstanden und vertreten als sein anglikanischer Mitarbeiter. Das Ereignis dieser neuen Bibelübersetzung — das Alte Testament wird allerdings erst in einigen Jahren folgen — wurde in einem gemeinsamen Gottesdienst aller Mitglieder des Britischen Kirchenrates in der Westminsterabtei im Beisein der Erzbischöfe von Canterbury, Dr. G. Fisher und Arthur M. Ramsey (noch Erzbischof von York), feierlich begangen. Beide Erzbischöfe billigten das Unternehmen. Allerdings ist dieses Neue Testament vorerst nur für die private Lektüre und für die Predigt bestimmt, nicht für den liturgischen Gottesdienst der Anglikanischen Kirche.

Die englische Tagespresse hat dem Werk hohes Lob gezollt. Auch das katholische „Tablet“ hat sich angeschlossen, und „Catholic Herald“ hat ganze Textproben zum Abdruck gebracht. Der bekannte Jesuit Thomas Corbishley erklärte, es sei kein Zweifel, daß diese „revolutionäre und aggressiv moderne“ Übersetzung mit ihrem klaren Stil die heutige Generation ansprechen werde. Er sprach sich dafür aus, daß eine auch für Katholiken annehmbare Übersetzung große Dienste für die Wiedervereinigung leisten könnte. Wie NCWC News Service meldete, hatte P. Corbishley nur wenige Veränderungen vorzuschlagen, z. B. sei der Ausdruck „Mädchen“ (girl) für virgin = Jungfrau in Luk. 1, 27 f. zu pedantisch ge-

wählt, auch hätte man ruhig den theologisch präziseren Ausdruck „voll der Gnade“ beibehalten sollen statt des neuen „most favoured one“, die in höchster Gunst Stehende.

Kritik nicht ohne Grund

Damit ist bereits ein katholischer Einwand laut geworden, der in anderer Weise auch von anglikanischer und von freikirchlicher Seite sofort angemeldet wurde. Es war die Absicht der Übersetzer, wie sie im Vorwort sagen, so genau wie möglich die Eigenart des griechischen Urtextes zu verstehen und dann in modernem Englisch (aber nicht „colloquial“, d. h. Umgangssprache) wiederzugeben, soweit das überhaupt möglich sei, was nach ihrer nicht immer einhelligen Meinung der neutestamentliche Autor hat sagen wollen. Die sachliche Schwierigkeit dieses Unternehmens, das auch für die deutschen Verhältnisse noch zu bewältigen bleibt, wie u. a. Bischof Hanns Lilje bemerkt hat, liegt darin, daß im Neuen Testament verschiedene bestimmte und sehr nuancierte theologische Begriffe vorkommen, die einen ebenso bestimmten theologischen Sinn haben, aber theologisch von den verschiedenen Bekenntnissen verschieden verstanden werden. In einer kritischen Würdigung des Organs des nordamerikanischen Protestantismus „The Christian Century“ (15. 3. 61), das zunächst einen enthusiastischen Aufsatz mit glänzenden Textproben aus der Feder des englischen Kongregationalisten Cecil Northcott bringt, heißt es anschließend in einem ausführlichen Vergleich des neuen englischen Neuen Testaments mit der Revised Standard Version des amerikanischen Kirchenbundes durch J. Cater Swain, das Bemühen um ein modernes Englisch mache viele Sätze für Amerikaner schwer verständlich. Vor allem aber sei in manchen Partien eine „kirchliche Überbetonung“ festzustellen. Das gelte z. B. für alle ekklesiologischen Begriffe. Im Epheserbrief und in der Offenbarung werde *ecclesia* regelmäßig mit church (Kirche) übersetzt, in den anderen neutestamentlichen Schriften aber 21mal mit church und 49mal mit congregation (Gemeinde). Man weiß aus der Übersetzung Luthers, welche Aversion der Reformator gegen den institutionalistischen Begriff „Kirche“ gehabt hat. Sodann bemerkt Swain, man habe fast durchweg den geläufigen Begriff Christus durch Messias ersetzt und sei damit in einen vorchristlichen Begriff ausgewichen. Der anglikanische Professor J. P. Philipp, der selber ein englisches Neues Testament herausgegeben hat, brachte in der anglikanischen „Church Times“ (17. 3. 61) einen mehr als ganzseitigen Aufsatz, in dem er für das Werk seiner Fachgenossen im ganzen große Bewunderung aufbringt — er nennt es „ein interkontinentales ballistisches Geschloß“ —, aber er findet nicht nur eine Menge Stellen in schlechtem oder abzulehnendem colloquial-Englisch, sondern auch theologische Mängel, wozu sogar der ungeschickte Beginn des Johannesevangeliums gehören könnte: „When all things began the Word already was“ (Im Anfang war das Wort). Das letzte Wort über das vielleicht zu lange geheimgehaltene Werk ist also noch nicht gesprochen, und es mag nicht frei von einer zur Zeit vorherrschenden ökumenischen Tendenz sein, daß es so rasch als „ein Weg zur Einheit“ propagiert wird, weil bei der Übersetzungsarbeit „die kirchlichen und bekenntnismäßigen Unterschiede fortfielen“, wie Professor Dodd behauptet. Die derzeitige theologische Arbeit von „Faith and Order“, deren Ergebnisse über die Taufe, Christus und die Kirche

und das Problem der Tradition nunmehr der Öffentlichkeit übergeben wurden und hier demnächst ausführlich gewürdigt werden sollen, zeigen sehr eindringlich, daß dieses moderne Neue Testament nicht unbedingt die besten Dienste leisten muß, denn die Gutachten bemühen sich nicht nur um eine philologische, sondern z. T. mit großem Nutzen um eine theologische Akribie, ohne die man nun einmal nicht durchkommt und die nur im Rückgriff auf den griechisch-aramäischen Urtext erreichbar ist. Zweifellos wird aber das neue englische Neue Testament eine wirksame Waffe der wachsenden missionarischen Unionsbewegung werden, die bereits die Laien gegen die Kirchenmänner und gegen den „Churchismus“ mobilisiert und eine Einheit der Christen mit Leidenschaft herbeiführen will.

Übrigens verzichtet dieses englische Neue Testament sowohl auf die übliche Einteilung in Kapitel wie auf eine Zerreißung des durchlaufenden Textes durch eine Versunterteilung. Auch gibt es keine Texterklärungen in Fußnoten. Es ist aber eine sehr ernste Frage, ob gerade ein „modernes“ Neues Testament ohne ein kleines „theologisches Wörterbuch“ im Anhang auskommt. Denn es gibt eine Reihe fundamentaler Grundbegriffe, für die das moderne Leben kaum Analogien bietet, wie z. B. Herz, Geist, Gnade, Erlösung, selbst Wort Gottes, für die also eine umschreibende Erklärung ganz unerlässlich ist, wenn Mißverständnisse vermieden werden sollen.

Bruch mit dem Weltrat der Kirchen in Südafrika

Als Ergänzung zu unserem Bericht: „Bewährung oder Scheitern des Weltrates der Kirchen in Südafrika“ (vgl.

ds. Jhg., S. 329 f.) muß leider jetzt schon nachgetragen werden, daß die befürchtete Brückierung der Bemühungen des Weltrates der Kirchen um eine ökumenische Lösung der Rassenfrage in Südafrika inzwischen eingetreten ist. Kurz nach dem Ausscheiden Südafrikas aus dem Britischen Commonwealth auf der Londoner Konferenz im März dieses Jahres beschloß als erste die kleinste der Niederländischen Reformierten Kirchen, die Hervormde Kerk van Afrika (in unserem Bericht einfach Niederländisch-Reformierte Kirche von Afrika genannt), ihren Austritt aus dem Weltrat der Kirchen. Damit war nach der Ablehnung der Resolution von Johannesburg (S. 332) fast zu rechnen. Der Austritt wurde auf der Synodaltagung vom 21. März beschlossen. Man tröstete sich in Genf damit, daß diese Gemeinschaft nur ca. 180 000 Mitglieder zählt. Aber inzwischen hat sich die größte der Burenkirchen, die Niederländische Reformierte Kirche von Transvaal, auf ihrer Synode in Pretoria am 12. April dem Vorgehen der kleineren Schwesterkirche angeschlossen und den sofortigen Austritt aus dem Weltrat entschieden. Diese Gemeinschaft hatte seinerzeit in Johannesburg durch ihre Delegierten zwar gewisse Vorbehalte zugunsten der Apartheid gemacht, aber grundsätzlich doch das gemeinsame Dokument über christliche Grundsätze in der Behandlung der Rassenfrage angenommen. Die Delegierten verteidigten auch weiterhin ihre Haltung auf der Konferenz von Johannesburg, mußten sich aber als „liberalistische Elemente“ disqualifizieren und überstimmen lassen.

Über das Verhalten der Niederländisch-Reformierten Kirche der Kap-Provinz, die in Johannesburg die gleichen Vorbehalte wie die Kirche von Transvaal gemacht hatte, ist bisher nichts verlautet. Aber jetzt schon ist leider fest-

zustellen, daß die Bemühungen des Genfer Generalsekretariats trotz der Besetzung leitender Posten mit bedeutenden Calvinisten vorerst als gescheitert anzusehen sind. Man kann diese Feststellung nur mit tiefer Trauer machen, denn in unserem Bericht ließen wir keinen Zweifel daran, daß in der südafrikanischen Rassenfrage eine Herausforderung der ganzen Christenheit zum richtigen Handeln liegt. Jede Schwächung der christlichen Haltung hat unabsehbare Wirkungen in Afrika und Asien. Die ganze katholische Christenheit dürfte daher mit Spannung und Teilnahme die weiteren Bemühungen des Weltrates der Kirchen verfolgen, seine Autorität im Rahmen seiner begrenzten Möglichkeiten auf einem Felde zurückzugewinnen, dessen christliche Durchdringung ihm ganz besonders zur Aufgabe gemacht worden ist.

Unverminderte Kontroversen zwischen den auslandsrussischen Jurisdiktionen

Der Exarch des Moskauer Patriarchen für Amerika, Metropolit Boris, entfaltet, nachdem ihm die Einreise nach den USA im März vorigen Jahres ermöglicht worden war, eine lebhaft

Tätigkeit, deren Ziel die Vereinigung der verhältnismäßig großen Zahl russisch-orthodoxer Gemeinden in Amerika unter dem Moskauer Patriarchen ist. Als ein bedeutender Erfolg des Moskauer Exarchats ist es zu betrachten, daß der fünfzehn Jahre dauernde Rechtsstreit mit der nordamerikanischen Metropole der Auslandsrussen um die Eigentumsrechte an der New-Yorker St.-Nikolaus-Kathedrale durch Entscheidung des Obersten Bundesgerichts vom 6. Juni 1960 endgültig zugunsten der Moskauer Patriarchatskirche entschieden wurde (unter Aufhebung eines Spruches des Obersten Appellationsgerichtshofes des Staates New York, auf Grund dessen die Kathedrale der nordamerikanischen Metropole zugesprochen worden war; Journal des Moskauer Patriarchats Nr. 11, 1960, S. 17—19).

Metropolit Boris hat sich bereit erklärt, mit der nordamerikanischen Metropole in Verhandlungen zu treten, falls diese den Moskauer Patriarchen als ihr Oberhaupt anerkennt. Er verwies auf die Bereitschaft der Moskauer Kirche, der nordamerikanischen Kirche einen autonomen Status zu gewähren, der sie in den zwischenkirchlichen Beziehungen als administrativ selbständige Kirche unter der geistlichen Oberhoheit des Moskauer Patriarchen auftreten ließe. Das Moskauer Patriarchat werde sich in das innere Leben der nordamerikanischen Metropole nicht einmischen.

Da die nordamerikanische Metropole seit jeher versucht, eine mittlere Position zwischen administrativer Selbständigkeit und Anerkennung der „geistlichen“ Oberhoheit des Moskauer Patriarchen einzunehmen, scheinen in der Tat gewisse Ansatzpunkte für das Moskauer Werben dort vorzuliegen, wo dieser schwer gangbare Mittelweg „linke“ Tendenzen aufweist. Gegenüber dem ebenfalls in Amerika mit verschiedenen Gemeinden und Organisationen vertretenen auslandsrussischen Synod (sog. „Karlowitzer“ Richtung), der nach wie vor eine scharfe antisowjetische Linie unter radikaler Ablehnung auch der Moskauer Patriarchatskirche steuert, scheint der Exarch Boris vorerst keinerlei Aussichten zu haben. Er erklärte: „Mit den Karlowitzern werden wir die Frage nicht erörtern, da sie an die Spitze des kirchlichen Lebens die Politik stellen“ (Cerkovnaja Žizn', Nr. 7—8, 1960, S. 127; nach „Novoe Russkoe Slovo“).

Diese Äußerungen des Exarchen Boris hat das offizielle Organ des russischen Auslandssynods zu einer erneuten Präzisierung seiner Position veranlaßt. Danach sieht diese Richtung der russischen Auslandskirche ihre Aufgabe darin, sich jeder direkten oder indirekten Mitwirkung an der vom Moskauer Patriarchat unterstützten Sowjetpolitik zu enthalten. Man ist der Auffassung, daß sich die Moskauer Kirche seit der bekannten „Deklaration“ des Metropoliten Sergius im Jahre 1927 zur „freiwilligen Dienerin der gottlosen Sowjetregierung“ gemacht habe. Die Auslandskirche halte ihre Bindung an die Mutterkirche in der Heimat durch die liturgische Kommemorierung desjenigen Teils des russischen Episkopats aufrecht, welcher die sowjetische Legalisierung ablehne und in den „Katakomben“ wirke. Welcher Art sei aber die Politik, deren Träger die auslandsrussischen Gemeinden sein würden, denen der Exarch Boris die volle innere Autonomie verspricht und lediglich die Gebetskommemorierung des Moskauer Patriarchen abverlangt? Der Sachverhalt ist klar: „Obwohl uns für gewisse Zeit eine weitgehende Freiheit einer ‚autonomen‘ Moskauer Auslandskirche, ja sogar eine durch Seelenmessen für die ermordete Zarenfamilie mit Predigten über die Greuelthat von Jekaterinburg betonte Demonstrierung dieser Freiheit möglich erscheint, würden wir niemals vergessen, daß der ganze Sinn dieser zur Schau gestellten ‚Freiheit‘ der Kirche nur darin bestände, die westliche Welt über die tatsächliche Lage der Kirche in Sowjetrußland zu täuschen und der dortigen atheistischen Regierung die Möglichkeit zu geben, Glauben und Kirche in verschärftem Maße und unerbittlich zu verfolgen, ohne dabei durch ausländische Protestversammlungen behindert zu werden. Kein Stöhnen der Gläubigen Rußlands würde im Ausland vernommen werden, die westliche Welt würde nur die Lobhudeleien der ‚freien‘ Moskauer Kirche hören . . . Die Mitwirkung an einem solchen Betrug der freien Welt, die der Sowjetgewalt nur dazu verhelfen würde, die Kirche Christi in Sowjetrußland ungehindert zu unterdrücken, wäre natürlich ein ungeheures Verbrechen, das dem Verrat des Judas gleichkäme“ (Cerkovnaja Žizn', New York, Nr. 7—8, 1960, S. 127 f.).

Aus der islamischen Welt

Die politische Situation im Irak Ende 1960

In den zweieinhalb Jahren, die seit der Revolution vom 14. Juli 1958 vergangen sind, hat die politische Situation im Irak mancherlei radikale Veränderungen durchgemacht (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 443 f.; 14. Jhg., S. 26 f., 364 f.). Seit dem Sommer 1960 ist nun eine gewisse Stabilisierung eingetreten. Man darf die gegenwärtige Phase in der innenpolitischen Entwicklung vielleicht als ein beinahe gelenktes Chaos bezeichnen. Die durchaus beachtliche Regierungskunst General Kassem bestand bisher im wesentlichen darin, mit Hilfe einer oder mehrerer der widerstreitenden Gruppen gegen die anderen zu regieren, ohne sich selbst mit einer der Gruppen zu identifizieren. Welche Macht nun Kassem tatsächlich repräsentiert, wird wenigstens bis zu seinem Sturz sein Geheimnis bleiben. Sicherlich steht ein wesentlicher Teil des Offizierskorps bzw. der Armee hinter ihm. Genauso sicher ist, daß er in derselben Armee nicht wenige Gegner und ausgesprochene Feinde hat. Daß Kassem dennoch regieren

kann, ist eben nur so erklärlich, daß im arabischen Orient die Person sehr viel mehr zählt als eine Partei oder ein Programm und daß eine personalistische und autoritäre Regierungsform nicht nur möglich ist, sondern sogar erwartet wird, gleichgültig, ob es sich um ein pseudodemokratisches oder um ein autoritäres Regime handelt.

Die Abwendung von den Kommunisten

In der bisherigen Entwicklung der Innenpolitik lassen sich etwa die folgenden Phasen unterscheiden: In den ersten Monaten nach der Revolution arbeitete die Revolutionsregierung mit den panarabischen Gruppen zusammen, d. h. jenen, die einen Anschluß an die Vereinigte Arabische Republik (VAR) suchten. Zugleich wurden die Kommunisten, die gerade aus der Illegalität hervorgetreten waren, geduldet und unterstützt. Kassem selber arbeitete sehr bald gegen die Union mit der VAR, bediente sich aber weiterhin der Panarabisten. Die irakischen Nationalisten blieben während dieser Zeit eher im Hintergrund. Außenpolitisch wurden die Beziehungen zur VAR und zur Sowjetunion gepflegt. In dem gleichen Maße, als der nasseristische Einfluß im Irak zurückgedrängt wurde, wurden die Kommunisten und die mit ihnen verbündeten Gruppen unterstützt, so daß die Nasseristen, um die nunmehr „prokommunistische“ und auf jeden Fall antinasseristische Regierung Kassem zu stürzen, ihre Rettung in einem Putschversuch, dem Aufstand von Mossul, versuchten, der von den Anhängern Kassem und den Kommunisten gemeinsam niedergeschlagen wurde. Die Beziehungen zur VAR erreichten in der Folge einen Tiefstand, die zur Sowjetunion und China dagegen einen gewissen Höhepunkt. Faktisch haben zu jener Zeit, d. h. nach dem Aufstand von Mossul, die Kommunisten und ihre Anhänger das innenpolitische Feld beherrscht.

Der Rückschlag für die Kommunisten kam am 13. Juli 1959 mit dem Massaker in Kirkuk (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 26). Die Ursachen dieses Massakers sind kaum in der Politik zu suchen, sondern in den Spannungen zwischen zwei verfeindeten ethnischen Gruppen. Es ist unklar, was die Kommunisten, die immerhin erheblich an dem Massaker beteiligt waren, sich davon versprochen haben. Sicherlich nicht den Auftakt zu einer gewaltsamen Machtübernahme im Irak. Obgleich sich die Kommunisten von den Vorgängen in Kirkuk distanzieren und einige Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen wurden, begann Kassem in der Folge ihre Macht erheblich einzuschränken und gleichzeitig die „bürgerliche Mitte“ zu unterstützen. (Diese Bezeichnung ist allerdings nur annähernd richtig, denn es sind fast alle Parteien bürgerlich, jede nennt sich aber auch, anstandshalber, sozialistisch.)

Die irakische Regierung hat im Laufe des Jahres 1960 eine ganze Reihe wichtiger kommunistischer Positionen liquidiert. Die kommunistische Volksmiliz scheint wirklich aufgelöst zu sein (doch gibt es sicherlich noch illegale bewaffnete Gruppen). Der Einfluß in den Gewerkschaften wurde nicht ohne äußeren Druck gebrochen, ohne daß es deshalb etwa zu Unruhen unter der organisierten Arbeiterschaft gekommen wäre (L'Orient, 30. 11. 60). Die eigentliche kommunistische Partei wurde bei der Neuzulassung der Parteien nicht lizenziert, dagegen eine Splittergruppe unter der Führung Daud el Sajeghs, der vermutlich niemanden außer sich selbst repräsentiert. Das offizielle Organ der kommunistischen Partei wurde suspendiert, der Chefredakteur befindet sich angeblich in Haft.